



## Koalition hält Betreuungsgeld nicht für "bildungsrelevant"

Koalition hält Betreuungsgeld nicht für "bildungsrelevant" <br /><br />Anlässlich der Eklat im Bildungs- und im Finanzausschuss zur Beratung des <br />geplanten Betreuungsgeldes erklären der bildungs- und forschungspolitische <br />Sprecher Ernst Dieter Rossmann und die stellvertretende finanzpolitische <br />Sprecherin Ingrid Arndt-Brauer:<br />Die Bildungspolitiker der Koalition schämen sich offenbar für das <br />Betreuungsgeld und haben es deshalb still und leise durchgewunken. Anders ist <br />es nicht zu erklären, dass die Koalition heute mit ihrer Mehrheit eine <br />Debatte zum Betreuungsgeld im Bildungsausschuss blockiert hat, und das gegen <br />die Stimmen aller Oppositionsfraktionen.<br />Die dafür von der Koalition genannte Begründung gießt allerdings <br />zusätzlich Wasser auf die Mühlen aller Gegner der "Herdprämie": Da der <br />Gesetzentwurf zum Betreuungsgeld selber keinen Bildungsanteil habe, sei er <br />nach Auffassung der Koalitionsfraktionen auch für den Bildungsausschuss <br />nicht beratungsrelevant. Wie weltfremd muss man eigentlich sein, um die jeden <br />Tag nachlesbare Debatte zum Betreuungsgeld als "Fernhalteprämie" derart <br />zu ignorieren.<br />Die Koalition hat damit heute verhindert, dass das Betreuungsgeld im <br />Bildungsausschuss auch nur ein einziges Mal beraten worden ist. Dabei hat sie <br />selbst im Gesetzentwurf noch ausdrücklich auf die bildungspolitische <br />Bedeutung hingewiesen. Nicht ohne Grund ist der Gesetzentwurf eben auch dem <br />Bildungsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Das alles gilt jetzt <br />nicht mehr.<br />Im Finanzausschuss verweigerte die Koalition ebenfalls die Beantwortung <br />unserer Nachfragen zur Anhörung des Familienausschusses und beendete die <br />Aussprache willkürlich mit einem Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung.<br />Dass die Koalition es zudem nicht hinbekommen hat, die Gesetzentwürfe zu <br />beiden Teilen ihres koalitionsären Kuhhandels, nämlich den zum <br />Betreuungsgeld wie den zum Bildungssparen, zeitgleich voranzubringen, ist <br />enttäuschend. Dabei wird gerade die FDP nicht müde, nach außen immer <br />wieder beides als Einheit darzustellen. Eine sinnvolle gemeinsame Beratung <br />hat am Ende die Koalition unmöglich gemacht. Deren Blockadehaltung soll <br />somit auch handwerkliche Fehler verdecken und bleibt parlamentarisch eine <br />Zumutung.<br /><br />SPD-Bundestagsfraktion<br />Platz der Republik 1<br />11011 Berlin<br />Deutschland<br />Telefon: 030/227-5 22 82<br />Telefax: 030/227-5 68 69<br />Mail: presse@spdfraktion.de<br />URL: <http://www.spdfraktion.de> <br />

## Pressekontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

spdfraktion.de  
presse@spdfraktion.de

## Firmenkontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

spdfraktion.de  
presse@spdfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 222 Abgeordneten zusammen. Alle Abgeordneten, die im September 2005 gewählt wurden und der SPD angehören, bilden die SPD-Bundestagsfraktion. In der Sitzung vom 21. November 2005 hat die SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Mit seinem sehr guten Wahlergebnis führt Struck als Nachfolger von Franz Müntefering nun die SPD-Bundestagsfraktion.